

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 26. September 2023

Rheinisches Revier

Der Landtag hat über die Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviers diskutiert. Grundlage war die Leitentscheidung der Landesregierung. S. 3

Plenum

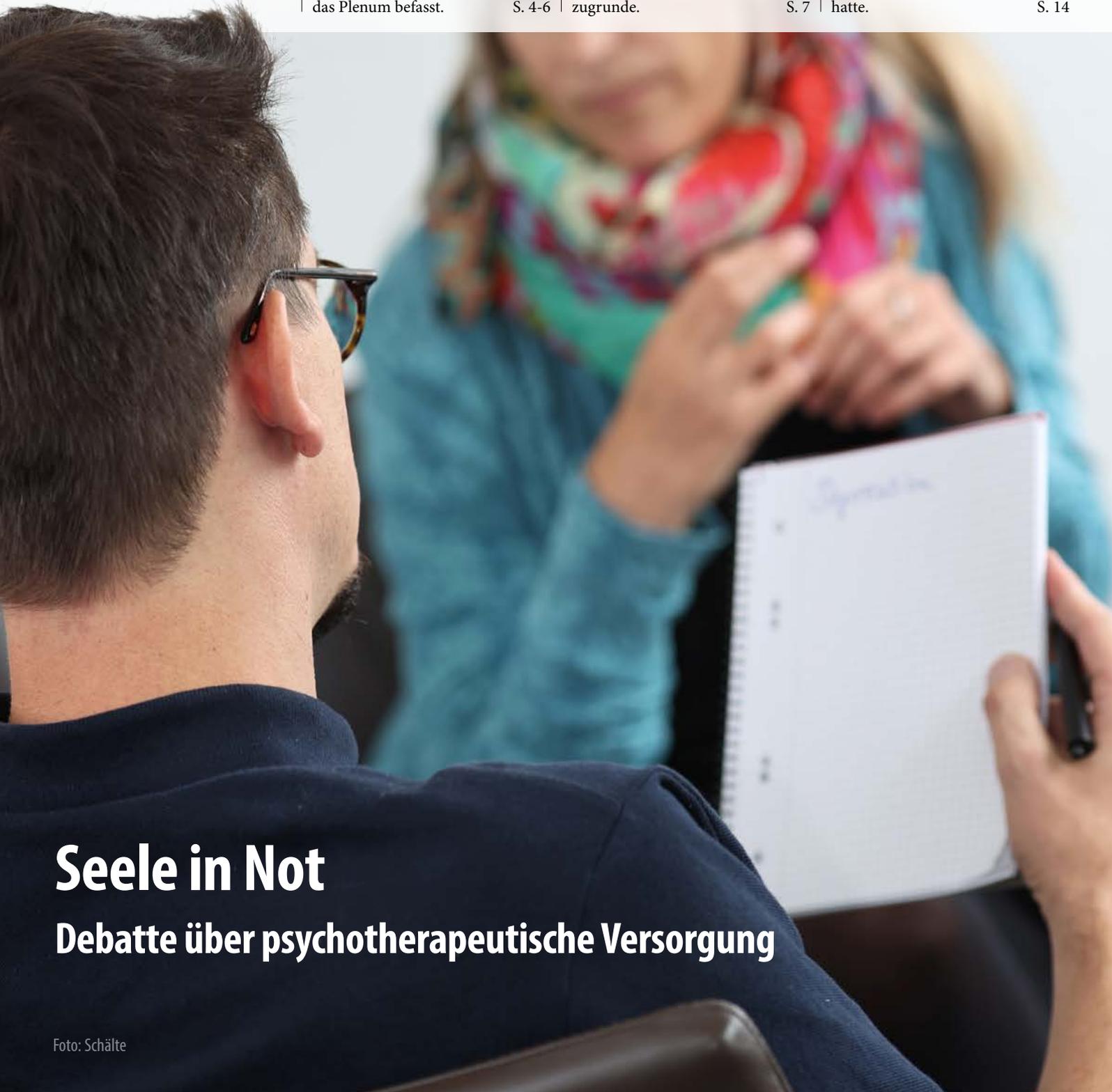
Die Lage der Kliniken, die Debatte um eine/n Polizeibeauftragte/n, Hilfe für die Gastronomie oder die Arzneimittelversorgung – mit diesen und weiteren Themen hat sich das Plenum befasst. S. 4-6

Grundschule

Die Größe von Grundschulklassen in Nordrhein-Westfalen hat den Landtag beschäftigt. Der Aktuellen Stunde lagen Anträge der Oppositionsfractionen von FDP und AfD zugrunde. S. 7

Debattenkultur

Wie viel Streit verträgt die Demokratie? Unter dieser Leitfrage stand das aktuelle Parlamentsgespräch, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte. S. 14



Seele in Not

Debatte über psychotherapeutische Versorgung

INHALT



Foto: Schälte

Wenn die Seele Hilfe braucht

<u>Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales ...</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Plenum

<u>Pläne für das</u>	
<u>Rheinische Revier</u>	S. 3

<u>Meldungen</u>	S. 4
------------------------	-------------

<u>Kleine Kinder,</u>	
<u>große Klassen</u>	S. 7

<u>Gesetzgebung</u>	S. 8
---------------------------	-------------

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12
---------------------------------	--------------

Forum

<u>Parlamentsgespräch</u>	
<u>zur Debattenkultur</u>	S. 14

<u>Porträt:</u>	
<u>Henning Höne (FDP)</u>	S. 15

<u>Kurz notiert</u>	S. 16
---------------------------	--------------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 22. September 2023, 14 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Pläne für das Rheinische Revier

22. September 2023 – Nordrhein-Westfalen steigt 2030 aus der Braunkohleförderung aus – und damit acht Jahre früher als zunächst geplant. Zu der im vergangenen Herbst getroffenen Einigung von Bund, Land und Energiekonzern RWE AG legte die Landesregierung nun die sogenannte Leitentscheidung vor, die die Umsetzung regelt. Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) unterrichtete dazu den Landtag.

Mit der Leitentscheidung (Vorlage 18/1645) werden u.a. die Abbaugrenzen zu den Ortschaften im sogenannten Rheinischen Braunkohlerevier festgelegt. Die Bergbauflächen sollen „hochwertig rekultiviert“ und dabei soll der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden.

Die Landesregierung will „neue Räume für nachhaltige Entwicklungen“ schaffen, darunter für „klimaresiliente und flächensparende“ Siedlungen, attraktive Wirtschaftsflächen oder siedlungsnaher Freizeit- und Erholungsräume. Weiter heißt es: „Die Umsiedlung der Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath (Stadt Erkelenz) sowie der Holzweiler Höfe ist bergbaulich nicht mehr erforderlich. In Folge werden die Umsiedlungen vorzeitig und sozialverträglich beendet.“

Die Leitentscheidung markiere einen historischen Punkt, sagte Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne). Die Braunkohle habe über lange Zeit bis zu 20.000 Beschäftigten Arbeit gegeben, aber auch mehr als 40.000 Menschen gezwungen, ihre Häuser und Dörfer aufzugeben. „Das beenden wir heute mit dieser Leitentscheidung in einem geordneten Verfahren.“ Es sei notwendig gewesen,

Foto: RWE Power AG

eine „kluge Lösung“ zu finden, die eine sichere Energieversorgung, Klimaschutz und Klarheit für die Region gleichermaßen berücksichtige.

„Die Fehler dieser Landesregierung in Bezug auf das Rheinische Revier sind nicht länger tragbar“, kritisierte **Lena Teschlade** (SPD). So seien etwa die Gewerkschaften in die Erarbeitung der Leitentscheidung nicht einbezogen worden. Kürzlich habe die SPD eine Revierkonferenz einberufen – das sei eigentlich Aufgabe der Landesregierung gewesen. „Sie regieren nicht“, warf die Abgeordnete Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) vor. Es stünden mehr als 14 Milliarden Euro für den Strukturwandel bereit – trotzdem geschehe nichts.

„Klimaneutralität“

„Heute ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg des Rheinischen Reviers in Richtung Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region“, entgegnete **Dr. Patricia Peill** (CDU). In der Debatte gehe es um Menschen und die „Seele von Dörfern“, nicht um „lautes Oppositionsgebrüll“. Mit dem vorgezogenen Braunkohleausstieg auf das Jahr 2030 leiste das Rheinische Revier den größten Beitrag zur Klimaneutralität bis 2045 und trage „maßgeblich“ zu den Zielen des Europäischen Grünen Deals bei.

Die neue Leitentscheidung sei eine „klare Entscheidung für das Klima, für den Erhalt von Heimat, für den Strukturwandel und für die Erholung der Natur im Rheinischen Revier“,

sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Wibke Brems**. Es handle sich um die „letzte Leitentscheidung“ zum Thema: „Wir schließen das Kapitel Braunkohle in Nordrhein-Westfalen.“ Mit der Entscheidung behielten weitere 500 Menschen ihre Heimat und 280 Millionen Tonnen Braunkohle verblieben im Boden. Der Umbau der Region werde allerdings noch Generationen beschäftigen.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** kritisierte die Einigung auf ein Vorziehen des Kohleausstiegs als „Hinterzimmerdeal“. Damit habe die Landesregierung viel Vertrauen zerstört. Sie habe die „Fachlichkeit und Verlässlichkeit“ der Entscheidung der Kohlekommission, 2038 auszusteigen, verlassen. Die Energiepolitik von CDU und Grünen führe zu höheren Energiepreisen und Problemen bei der Energiesicherheit. Eine steigende Nachfrage nach Strom treffe auf eine Verknappung des Angebots. Die Landesregierung hätte darlegen müssen, wie sie diese Lücke schließen wolle.

Markus Wagner (AfD) sagte, die Leitentscheidung sei kein Meilenstein, sondern „ein Mühlstein“ für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, der Arbeitsplätze kosten werde. CDU und Grüne nähmen für sich in Anspruch, 280 Millionen Tonnen Kohlendioxid einzusparen. Diese Menge emittiere China in neunehalb Tagen. Er sprach auch von einer „illusionären Energie-wende“. In der Leitentscheidung fehle mit Blick auf die Versorgungssicherheit jeder Hinweis auf die notwendigen Stromspeicher für den „Flatterstrom“ aus Wind und Sonne. *sow, tob, wib*





Trauer um Edgar Moron

20.9.2023 – Der Landtag trauert um seinen früheren Vizepräsidenten Edgar Moron (Foto). Die Abgeordneten gedachten des SPD-Politikers vor Beginn der Plenarsitzung mit einer Schweigeminute. Er war am 7. September 2023 im Alter von 82 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Moron als einen „überzeugten und überzeugenden Parlamentarier“ und einen „waschechten Demokraten“. Niemals habe er das politisch Trennende über das Verbindende und das Einende gestellt habe. Kompromisslos sei er gegenüber den Extremen gewesen. Der Landtag werde sein Andenken bewahren. Edgar Moron war von Juni 2005 bis Juni 2010 Erster Vizepräsident des Landtags. Er gehörte dem Landesparlament insgesamt 20 Jahre an (1990–2010). In dieser Zeit wirkte er auch als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und als deren Vorsitzender. Moron wurde in Beuthen (Oberschlesien) geboren und studierte an der Freien Universität Berlin Politische Wissenschaften. Das Studium schloss er als Diplom-Politologe ab. 1970 trat er in die SPD ein. Er engagierte sich u. a. im SPD-Unterbezirksvorstand des Rhein-Erft-Kreises, im Rat der Stadt Erftstadt und im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises.

Polizei

20.9.2023 – Die SPD-Fraktion spricht sich für die Schaffung der Stelle einer oder eines unabhängigen und weisungsfreien Polizeibeauftragten aus. Diese oder dieser sollte die Interessen der Polizistinnen und Polizisten vertreten und zugleich die der Bürgerinnen und Bürger, heißt es in einem Antrag ([18/5855](#)). Die oder der Beauftragte soll vom Landtag gewählt und bei ihm angesiedelt sein. Die SPD verweist darauf, dass die Koalition von CDU und Grünen die Schaffung einer solchen Stelle in ihrem Koalitionsvertrag vorgesehen habe. Laut Medienberichten seien die Gespräche zwischen beiden Partnern wegen Differenzen aber „ins Stocken geraten“. Es bestehe die Gefahr, „dass eine wesentliche Vereinbarung des Koalitionsvertrags aufgrund der Uneinigkeit und Zerstrittenheit der beiden Koalitionspartner nicht umgesetzt“ werde. In einer demokratisch und rechtsstaatlich fest verankerten Polizei sei es wichtig, mit Fehlern und Missständen offen umzugehen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 127 Stimmen abgelehnt. 50 Abgeordnete votierten für den Antrag.

Medikamente

20.9.2023 – Der Landtag hat sich mit Engpässen bei der Lieferung von Medikamenten befasst. Gerade in den Herbst- und Wintermonaten steige die Zahl der nicht lieferbaren Medikamente stetig an, schreibt die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/5829](#)), der der Debatte zugrunde lag. Häufig seien Antibiotika, Impfstoffe und Schmerzmittel nicht lieferbar. Die Lage habe sich gerade für Kinder erheblich zugespitzt. Um der Entwicklung entgegenzuwirken, müsse eine zentrale Stelle im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geschaffen werden, die sich um die „Verfügbarkeit von Humanarzneimitteln kümmert und diese optimiert“. Die Landesregierung solle die Ursachen für Liefer- und Versorgungsengpässe erforschen und Gegenmaßnahmen entwickeln. Nötig seien „trägerübergreifende Strukturen“, die die Medikamentenversorgung

in Nordrhein-Westfalen regulierten, um bei Lieferengpässen schnell handeln zu können. Medikamentenvorräte seien einzurichten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

Krankenhäuser

20.9.2023 – Die wirtschaftliche Situation von Krankenhäusern war Thema im Plenum. Die Lage habe sich „trotz erheblicher Bemühungen der Landes- und Bundesregierung massiv verschlechtert“, schreiben die Fraktionen von CDU und Grünen in einem Antrag ([18/5848](#)). Gründe dafür seien u. a. inflationsbedingte Kostensteigerungen, hohe Energiekosten, Tarifsteigerungen und zu geringe Fallpauschalen. Die Landesregierung solle sich beim Bund für eine auskömmliche Finanzierung von Krankenhäusern einsetzen. Die sogenannten Landesbasisfallwerte – Fallpauschalen auf Landesebene zur Vergütung von Krankenhäusern – müssten für die Jahre 2022 und 2023 um 4 Prozent erhöht werden. Der Bund müsse die Finanzierung der Betriebskosten von Krankenhäusern „dauerhaft auf eine nachhaltige und tragfähige Grundlage“ stellen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und AfD angenommen. Die FDP stimmte dagegen. Ein Entschließungsantrag der SPD ([18/5975](#)) wurde abgelehnt.

Kinderrechte

20.9.2023 – Kinder haben Rechte: Die UN-Kinderrechtskonvention beinhaltet ihr Recht u. a. auf Gleichbehandlung, auf Wahrung des Kindeswohls, auf Leben und Entwicklung sowie auf Anhörung und Partizipation. 2002 hat der Landtag Kinderrechte in der Landesverfassung festgeschrieben. CDU, SPD, Grüne und FDP sind der Überzeugung, dass diese Kinderrechte mehr ins Bewusstsein gelangen müssen. Darum regen sie in einem gemeinsamen Antrag ([18/5843/Neudruck](#)) verschiedene Maßnahmen an, die das Bewusstsein für Kinderrechte und Kinderschutz in Kitas, Schulen sowie in den Köpfen der pädagogischen Kräfte und der Eltern schärfen soll. Informationen



dazu soll die oder der Kinderschutzbeauftragte analog und digital mehrsprachig und in Leichter Sprache bereitstellen. Auch die Kinder sollen altersgerecht und spielerisch mit diesen Themen vertraut gemacht werden. Zudem gelte es, Kinderrechte in der digitalen Welt sicherzustellen. Ein „Jugend-Check“ könnte Gesetze hinsichtlich Auswirkungen auf Jugendliche durchleuchten. Der Landtag hat den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD stimmte dagegen.

Verfassung

20.9.2023 – Die FDP-Fraktion schlägt Änderungen der Landesverfassung vor. Sie beziehen sich einerseits auf Artikel 72. Darin heißt es: „Gerichte urteilen im Namen des Deutschen Volkes.“ Als einziges Bundesland weiche NRW damit von der sogenannten Weimarer Formel „im Namen des Volkes“ ab, schreibt die FDP in einem Gesetzentwurf ([18/5834](#)), über den die Abgeordneten in erster Lesung beraten haben. Die bei der Verfassungsgebung im Jahr 1950 ausschlaggebenden Gründe für die in NRW gültige Formulierung seien „historisch überholt“. In Artikel 72 solle die Formulierung „im Namen des Deutschen Volkes“ wie in anderen Bundesländern durch „im Namen des Volkes“ ersetzt werden. Ein Vorschlag für eine weitere Änderung betrifft eine in Artikel 78 formulierte Sperrklausel, in der es heißt: „Wahlvorschläge, nach deren Ergebnis sich die Sitzanteile in den Räten der Gemeinden, den Bezirksvertretungen, den Kreistagen und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr bestimmen, werden nur berücksichtigt, wenn sie mindestens 2,5 vom Hundert der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.“ Dieser Satz solle gestrichen werden, um einem Urteil des Landesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Lang-Lkw

20.9.2023 – Die FDP-Fraktion fordert von der Landesregierung ein Bekenntnis zu Lastwagen

mit Überlänge. Sogenannte Lang-Lkw könnten mit zwei Fahrten so viele Güter transportieren wie Lastwagen von Normallänge in drei Fahrten. Dasselbe Transportgut erfordere somit weniger Personal und weniger Sprit, zudem verursache es weniger Emissionen. Straßen und Brücken würden eher weniger als mehr belastet, weil Lang-Lkw nicht schwerer beladen werden dürften als andere Lkw, ihr Gewicht aber auf mehr Achsen verteilt. Bisher dürfen Lang-Lkw nur bestimmte Strecken befahren. Die Liste dieser Strecken werde immer wieder erweitert – seit mehr als zwei Jahren jedoch herrsche Stillstand. Zum Ende des Jahres 2023 laufe zudem eine Sonderregelung aus, nach der bestimmte Lang-Lkw grundsätzlich das gesamte Streckennetz befahren dürften. Die Landesregierung solle in beiden Fällen einschreiten und einer „Blockadehaltung“ des Bundesumweltministeriums entgegenwirken. Der entsprechende FDP-Antrag ([18/5835](#)) wurde an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Ganztagschule

21.9.2023 – Die SPD-Fraktion fordert ein Rettungsprogramm für die Träger der Offenen Ganztagschulen. Viele seien finanziell bereits jetzt am Limit, weil sie tarifbedingte Steigerungen der Personalkosten nicht stemmen könnten. Finanzschwache Kommunen könnten kaum einspringen, und das Land verweise auf den Bund, heißt es im Antrag ([18/5851](#)) der SPD-Fraktion. Das Land müsse seiner finanziellen Verantwortung aber gerecht werden und die Kostensteigerungen ausgleichen. Eine faire Bezahlung des pädagogischen Personals sei wichtig, ebenso wie ein personell gut ausgestatteter Ganztag. Für mehr Chancengleichheit unter den Kindern und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf komme schließlich 2026 der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz. Daran dürfe nicht gerüttelt werden. Die SPD fordert die Landesregierung auf, „kurzfristig ein Rettungspaket von 100 Millionen Euro für die Träger in NRW aufzulegen, damit der Ganztag gesichert werden kann, Gruppenschließungen abgewendet und Insol-

venzen verhindert werden können“. Außerdem sollen Land, Kommunen und Träger an einen Tisch kommen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Windenergie

21.9.2023 – Beim Bau neuer Windenergieanlagen soll es künftig eine Pflicht für Beteiligungsangebote an Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden geben. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Grünen vor ([18/5849](#)), über den der Landtag in erster Lesung beraten hat. Die Sicherstellung eines solchen Beteiligungsangebots stelle „einen wesentlichen Schritt zur Stärkung der Akzeptanz für den notwendigen Ausbau der Windenergie an Land dar“, heißt es in dem Entwurf. Ziel sei, dass sich Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden im näheren Umkreis von Windenergievorhaben an der Wertschöpfung beteiligen könnten. Wer neue Anlagen bauen möchte, soll verpflichtet werden, sich mit den jeweiligen Standort-Gemeinden über eine individuelle Beteiligungsvereinbarung zu einigen. Erfolgt kein Nachweis über eine solche Vereinbarung, soll es das Angebot einer Ersatzbeteiligung geben. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Gastronomie

21.9.2023 – Zur Unterstützung der Gastronomiebetriebe während der Corona-Pandemie gilt noch bis Ende Dezember ein reduzierter Umsatzsteuersatz von 7 anstatt 19 Prozent auf den Verzehr von Speisen. Die FDP-Fraktion plädiert dafür, diese Regelung zu verlängern. Die Landesregierung müsse eine entsprechende Bundesratsinitiative einbringen, heißt es in einem Antrag ([18/5833](#)) der Fraktion. Auch nach der Pandemie sehe sich die Gastronomie „mit enormen Herausforderungen“ konfrontiert. Die hohe Inflation schlage sich besonders bei den Lebensmittelpreisen und den Personalkosten nieder. „Die wirtschaftliche



AUS DEM PLENUM

Foto: Schäffe

Situation der Gastronomie bleibt daher weiter prekär“, warnt die FDP. Nach drei Verlustjahren in Folge hätten Restaurants, Cafés und Gaststätten noch nicht die Vorkrisenumsätze erreicht. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. FDP und AfD stimmten zu, die SPD enthielt sich.

Honorare

21.9.2023 – Die AfD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der eine Offenlegung von Honorarzahungen staatlicher Stellen an Journalistinnen und Journalisten vorsieht. Der Entwurf (18/5830) wurde in Erster Lesung von den Abgeordneten diskutiert und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen. Honorarzahungen staatlicher Stellen sollen demnach regelmäßig offengelegt werden. Die Zahlung von Honoraren an Journalistinnen und Journalisten durch staatliche Stellen berge das Risiko, dass journalistische Arbeit beeinflusst werden könne, heißt es in dem Entwurf weiter.

Schwimmbäder

21.9.2023 – Die AfD-Fraktion ist besorgt um die Sicherheit in nordrhein-westfälischen Frei- und Schwimmbädern. Mehrfach sei es während des Sommers zu sexuellen Belästigungen sowie Gewalttaten gekommen, schreibt die Fraktion in einem Antrag (18/5827), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Die Landesregierung müsse die „datenschutzrechtlichen, technischen und personellen Voraussetzungen“ schaffen, „um die Daten der zuständigen Behörden über verübte Gewalttaten in Frei- und Schwimmbädern zusammenzuführen und zentral zu erfassen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wasserstoff

21.9.2023 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Wasserstoff-Infrastruktur

in Nordrhein-Westfalen zügig auszubauen. Eine wettbewerbsfähige Industrie und Wirtschaft sei darauf angewiesen, dass Wasserstoff verfügbar und bezahlbar sei, schreibt die Fraktion in einem Antrag (18/5854). Die Landesregierung solle sich politisch stärker als bisher einbringen, auch in Brüssel und Berlin, um vom Land kofinanzierte Projekte zu beschleunigen. Es mangle auf Landesseite an einer Koordinierung über einzelne Leuchtturmprojekte hinaus. Die Landesregierung solle diese „Leerstelle“ füllen und eine „Stabstelle Wasserstoffhochlauf“ im Wirtschaftsministerium einrichten, die Fachexpertise bündelt und bei Genehmigungsverfahren unterstützt. In den kommenden Jahren seien viele Leitungskilometer an neuen Wasserstoffnetzen zu genehmigen. „Diese Pionierarbeit darf nicht durch traditionell langwierige Verfahren ausgebremst werden“, schreibt die SPD. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen.

Umsatzsteuerbetrug

21.9.2023 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen die Steuerfahndung im Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug weiter stärken. Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, „die Position Nordrhein-Westfalens als bundesweiter Vorreiter im Kampf gegen Steuerkriminalität weiter auszubauen“, schreiben die Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag (18/5846). Ein wichtiger Schritt dazu sei die bereits erfolgte Gründung einer Landesbehörde zur Bekämpfung schwerwiegender Fälle von Steuerkriminalität. Ein wichtiges Instrument sei die sogenannte Umsatzsteuer-Nachschau, bei der Betriebe ohne Ankündigung aufgesucht und geprüft werden. Die Landesregierung solle dieses „effektive Mittel“ sowie weitere Verfahren zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug weiterentwickeln – auch mit Blick auf Unternehmen, die ihre Geschäfte im Internet tätigen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD enthielten sich.

Abstandsregelung

22.9.2023 – Im August hat der Landtag die Abschaffung des Mindestabstands von 1.000 Metern zwischen Windrädern und Wohnbebauung beschlossen. In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD (18/5962) beschäftigten sich die Abgeordneten erneut mit dem Thema. Anlass war ein Medienbericht, wonach im Regionalplamentwurf des Regierungsbezirks Arnsberg der Mindestabstand weiter vorgesehen ist. Die Landesregierung habe mit einem „schlecht gemachten Gesetz“ zur Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregel die Diskussionen vom Landtag in die Regionen verschoben, kritisierte **Alexander Vogt** (SPD). Das verhindere den Ausbau von Windenergieanlagen. Die Planung sei bewusst in die Verantwortung von sechs Regionen gegeben worden, sagte **Dr. Christian Untrieser** (CDU), damit diese selbst entschieden, wo neue Anlagen gebaut würden. Mit Erfolg: In keinem anderen Bundesland seien im aktuellen Jahr mehr Anlagen genehmigt worden als in NRW. Die Planungsregionen machten ihr „eigenes Ding“, sagte **Dietmar Brockes** (FDP). Dadurch sei die 1.000-Meter-Abstandsregel de facto wieder eingeführt worden – mit den Stimmen von CDU und Grünen vor Ort. Die „Kleinstaaterei“ gehe zulasten des Ausbautempos der Windenergie. Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems** sagte, die erneuerbaren Energien hätten die geringsten Auswirkungen auf die Umwelt. Die Menschen müssten nicht mit unsinnigen pauschalen, überdimensionierten Mindestabständen vor ihnen geschützt werden. Sie betonte: „Wir machen NRW erneuerbar.“ **Carlo Clemens** (AfD) kritisierte, die SPD wolle offenbar Windräder direkt neben die Häuser der Anwohnerinnen und Anwohner setzen. Sie wolle noch die letzten Regeln zum Schutz abschaffen. Die Forderung nach Anwohnerschutz sei nachvollziehbar und richtig. Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne) sagte, die Landesregierung treibe den Ausbau der Windkraft voran. Sie wolle sieben Jahre vor der Bundesfrist rechtssicher Flächen zum Ausbau ausweisen. Die sechs Planungsregionen entschieden selbst, wie sie diese Flächen zur Verfügung stellten.

Kleine Kinder, große Klassen

21. September 2023 – Die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen stehen vor Herausforderungen. Seit Längerem werden händeringend Lehrkräfte gesucht. Aktuelle Angaben des Statistischen Landesamts lassen zusätzlich aufhorchen: Im Jahr 2021 gab es in Nordrhein-Westfalen bundesweit die größten Klassen in Grundschulen. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über Gründe und Auswege diskutiert. FDP und AfD hatten unabhängig voneinander die Debatte beantragt.



Franziska Müller-Rech (FDP)

Carlo Clemens (AfD)

Dr. Jan Heinisch (CDU)

Dilek Engin (SPD)

Lena Zingsheim-Zobel (Grüne)

Schulministerin
Dorothee Feller (CDU)

Fotos: Schälte

Die FDP-Fraktion verweist in ihrem Antrag ([18/5960](#)) darauf, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2022/23 deutlich stärker als die der Lehrerinnen und Lehrer angestiegen sei. „Für eine tragfähige Schüler-Lehrer-Relation brauchen wir dringend mehr besetzte Lehrerstellen: bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht 10.000, sondern bis zu 16.674 Lehrkräfte zusätzlich.“ Die Integration zugewanderter Kinder bedeute eine „zusätzliche besondere Anforderung hinsichtlich der Förderung und zeitlicher Ressourcen“.

Im Schuljahr 2021/22 habe die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse an nordrhein-westfälischen Grundschulen durchschnittlich bei 23,5 gelegen, schreibt die AfD-Fraktion in ihrem Antrag ([18/5961](#)). Im Bundesdurchschnitt seien es 20,9 Schülerinnen und Schüler gewesen. Für die hohe Zahl in Nordrhein-Westfalen gebe es zahlreiche Gründe: „ein gravierender Lehrermangel, das Fehlen von Alltagshelfern und Assistenzen, unerwartete Schülerzuwächse durch Rekordmigration, Klassenwiederholungen, Umzüge etc.“.

Nordrhein-Westfalen habe die größten Grundschulklassen, sagte [Franziska Müller-Rech](#) (FDP). Besserung sei nicht in Sicht – wenn nicht umgesteuert werde. Die Schulministerin habe aber lediglich „vier kleine Vorschläge gegen den Lehrermangel“ gemacht. Darüber hinaus habe sie geplant, die Inklusionspauschale zu streichen. Offenbar hätten die Koalitionsfraktionen sie aber „zurückgepfiffen“, vermutete Müller-Rech. Sie bat darum, auch die Stellen für Schulverwaltungsassistenzen nicht zu streichen. Diese Unterstützungskräfte brächten Lehrkräfte „raus aus Büros, rein in die Klassenzimmer“.

„Die schlechten Nachrichten über die Schul- und Bildungsmisere reißen nicht ab“, konstatierte [Carlo Clemens](#) (AfD). Laut einer Erhebung des ifo-Instituts bewerteten 29 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger ihre Schule mit der Note 4 oder schlechter. Clemens benannte Beispiele, in denen „Unterricht kaum noch möglich“ sei und ebenso wenig, individuell auf die Kinder einzugehen. Es gelte, eine Politik zu korrigieren, „die in krasser Weise die Wirklichkeit und die Möglichkeiten unseres Gemeinwesens ignoriert“. „Es muss ein Ruck durch das Schulministerium gehen“, forderte er. „Wir wollen dauerhafte Lösungen.“

„Sachlichkeit und Fachlichkeit“

Die größte Herausforderung bestehe darin, „Sachlichkeit und Fachlichkeit“ zu wahren, sagte [Dr. Jan Heinisch](#) (CDU). Rund 100.000 Kinder mit Flüchtlingsstatus besuchten derzeit Schulen in NRW. Sie seien dort „hervorragend“ betreut und versorgt. Dafür gelte der Dank dem Schulministerium und allen, die dazu einen Beitrag leisteten. Jeder fünfte Euro im Landeshaushalt fließe in die Bildung. Die Landesregierung investiere u. a. 900 Millionen Euro in die Erhöhung der Besoldung von Lehrkräften sowie in Lehramtsstudienplätze. Schulministerin Dorothee Feller (CDU) habe ein Handlungskonzept zur Verbesserung der „Unterrichtsversorgung“ vorgelegt.

Ihr Vorredner versuche, überfüllte Klassenräume zu rechtfertigen, statt nach Lösungen zu suchen, kritisierte [Dilek Engin](#) (SPD). Gerade Grundschulkindern säßen stundenlang in engen und maroden Räumen. Je größer eine Klasse, desto schlechter sei der Lernerfolg. Das sei gera-

de für Kinder aus benachteiligten Familien eine Hypothek. Laut der ifo-Studie sei kaum jemand zufrieden mit dem Schulsystem in Nordrhein-Westfalen. Das Land sei „Schlusslicht in der deutschen Bildungslandschaft“. Für eine Absenkung der Klassengröße wiederum fehlten Lehrkräfte, Schulgebäude und Klassenzimmer. Das Bildungssystem sei „kaputtgespart“ worden.

[Lena Zingsheim-Zobel](#) (Grüne) sagte, es sei ein Problem, dass viele Klassen „proppevoll“ seien. Dies sei aber nicht rasch zu ändern. Anders als prognostiziert, seien die Zahlen der Schülerinnen und Schüler in den vergangenen Jahren nicht gesunken, sondern gestiegen. Hinzu komme der „gravierende“ Mangel an Lehrkräften besonders an den Grundschulen. Wichtig sei, spürbare Verbesserungen umzusetzen. So würden durch mehr multiprofessionelles Personal auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessert. Angesichts des Lehrkräftemangels hätten CDU und Grüne zudem Schritte für eine höhere Besoldung auf den Weg gebracht.

Auch Schulministerin [Dorothee Feller](#) (CDU) verwies auf stark gestiegene Zahlen von Schülerinnen und Schülern. Die Prognose von sinkenden Zahlen habe sich nicht bestätigt. Und doch seien auf dieser Grundlage Entscheidungen getroffen worden, die bis heute Spuren zeigten. Es würden dringend mehr Lehrkräfte benötigt. An diesem Ziel arbeite das Ministerium mit Hochdruck. Weitere Maßnahmen seien ergriffen worden. Die Unterrichtsversorgung bleibe eine Daueraufgabe. Das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung lasse sich nicht auf Knopfdruck umkehren. Die Landesregierung setze alles daran, die Lehr- und Lernbedingungen zu verbessern.

sow, tob, wib

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024) | [18/5800](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. September 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP-Fraktion | 1. Lesung am 20. September 2023 | Überweisung an den Hauptausschuss (federführend)

Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes | [18/5804](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. September 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend)

Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [18/5803](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. September 2023 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [18/5940](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. September 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) | [18/4532](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20. September 2023 | verabschiedet

Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW – BürgEnG) | [18/5849](#) | Fraktionen von CDU und Grünen | 1. Lesung am 21. September 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend)

Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) | [18/5830](#) | AfD-Fraktion | 1. Lesung am 21. September 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) | [18/5000](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

[18/5467](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW. BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke | [18/5349](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Elftes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [18/5350](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Nordrhein-Westfalen | [18/4760](#) (Neudruck) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKR NRW) | [18/5351](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | [18/5468](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/4531](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [18/4593](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | [18/4341](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften |

Wenn die Seele Hilfe braucht

13. September 2023 – Die SPD-Fraktion beklagt „Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung“ im Land. Viele Menschen litten nach Corona noch immer unter den Folgen von Einsamkeit und seelischen Erkrankungen, heißt es in einem Antrag ([18/3666](#)). In einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales äußerten sich Sachverständige dazu.

Unterversorgt seien ländliche Regionen, aber auch Stadtteile mit vielen Arbeitslosen, einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten, Geflüchteten sowie Menschen in prekären Verhältnissen. Die Lebensbedingungen dort führten zu einem erhöhten Risiko seelischer Erkrankungen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine könne die Situation weiter verschärfen. Expertenschätzungen zufolge werde ein Drittel der geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine seelische Erkrankung entwickeln. „Diesen Menschen muss ein Anspruch auf Sprachmittlung in der Psychotherapie gewährleistet werden“, so die Fraktion.

Eine der SPD-Forderungen: Die Landesregierung solle sich gemeinsam mit dem Bund für eine Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung einsetzen.

Die Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen sieht das in ihrer schriftlichen Stellungnahme für den Ausschuss ähnlich. Psychische Erkrankungen erzeugten „sehr viel individuelles Leid und belasten das soziale Umfeld aller Betroffenen“. Die Kammer führt zudem den volkswirtschaftlichen Schaden durch psychische Erkrankungen an: „Sie machen mittlerweile fast die Hälfte aller Zugänge in die Erwerbsminderung aus und waren 2022 die dritthäufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit in Deutschland.“

Die Versorgung der Bevölkerung sei vor allem in strukturschwachen Regionen nicht gewährleistet, so die Kammer. Sie führt dies u. a. auf „Webfehler“ der Bedarfsplanungs-Richtlinie zurück, die Anfang der 1990er-Jahre eingeführt wurde. Von Anfang an seien zu wenig niedergelassene Psycho-

therapeutinnen und -therapeuten eingeplant worden. Der Bedarf werde „bis heute gravierend unterschätzt“. Betroffen seien in Nordrhein-Westfalen besonders stark Menschen auf dem Land. „Es ist nicht hinzunehmen, dass ihnen weite Wege zur Psychotherapie mit langen Wartezeiten auf Behandlungsplätze zugemutet werden, insbesondere wenn es um die Behandlungen von Kindern geht.“

Benachteiligt würden aber auch Betroffene im Ruhrgebiet. Seit der Reform der Bedarfsplanung von 2017 seien dort etwa 85 neue Zulassungsmöglichkeiten genehmigt worden. Erforderlich wären aber rund 300 gewesen, schreibt die Kammer.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) Nordrhein sowie Westfalen-Lippe beurteilen die Lage anders. „Die aktuelle psychotherapeutische Versorgungssituation in Nordrhein ist nach den Kriterien der Bedarfsplanungs-Richtlinie grundsätzlich als gut zu bewerten“, schreibt die KV Nordrhein. In ihrem Zuständigkeitsbereich lägen die Versorgungsgrade aktuell zwischen 108 und 247 Prozent. Um das Angebot „trotz der bestehenden rechnerischen Überversorgung“ weiter auszubauen, setze man auf das Instrument „Sonderbedarf“. Aktuell arbeiteten in der Region Nordrhein mehr als 270 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Rahmen des Sonderbedarfs. Sie seien „zusätzlich im System und ebenfalls an der Sicherstellung der Versorgung beteiligt“.

„Bedarf nicht quantifizierbar“

Es sei fraglich, ob der im SPD-Antrag geschilderte erhöhte Versorgungsbedarf durch die Corona-Pandemie, Armut oder die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine „tatsächlich langfristig und nachhaltig ist“, schreibt die KV Westfalen-Lippe. Der Bedarf sei „nicht quantifizierbar“. Dies sei für eine regionale Anpassung der Bedarfsplanung aber erforderlich. Der Gemeinsame Bundesausschuss, das oberste Beschlussgremium der Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen, habe „nach mehrmaliger Prüfung ausdrücklich davon Abstand genommen, soziostrukturelle Aspekte („Armut“) in die Bedarfsplanung einfließen zu lassen“. Begründung: Die kleinräumige Datenlage sei schlecht, ein Zusammenhang von Armut und Krankheit bisher nicht belegt.

Auch veränderte gesellschaftliche Strukturen trügen dazu bei, dass mehr Menschen ambulan-

te Psychotherapien in Anspruch nehmen, heißt es in der Stellungnahme der Techniker Krankenkasse (TK): „Medial getriggerte Schönheitsideale führen zu Essstörungen und Mobbing in Netzwerken sogar zu Suizidgedanken.“ Auch die Definition, welche seelische Abweichung als eine „krankheitswertige psychische Störung“ gelte, habe sich verändert: „Wir müssen uns beispielsweise heutzutage auch mit Themen wie Medien- und Onlinesucht auseinandersetzen.“

Die steigende Nachfrage nach Psychotherapie und die ungleich verteilten Therapeutenkapazitäten seien durch bisherige Anpassungen der Bedarfsplanungen und Reformen der Psychotherapie-Richtlinie noch nicht zufriedenstellend kompensiert worden, so die TK. Gleichwohl sei in den vergangenen Jahren im Land viel unternommen worden, um das psychotherapeutische Versorgungsangebot zu verbessern. Dies führe planerisch dazu, dass es keine unterversorgten Regionen gebe. Ansätze zur effizienteren Nutzung der Kapazitäten sieht die Krankenkasse u. a. in Videosprechstunden und Gruppentherapien. Die Techniker Krankenkasse weist – wie auch die KV Westfalen-Lippe – darauf hin, dass kein Anspruch auf Dolmetscherinnen oder Dolmetscher bestehe.

„22 Wochen Warten“

Betroffene warteten durchschnittlich 22 Wochen auf einen Psychotherapieplatz, heißt es in einer Stellungnahme der Patientenvertretung „Deutsche DepressionsLiga“. Für sie und ihre Angehörigen bedeute die Wartezeit Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Resignation. Das Warten sei „kräftezehrend und manchmal sogar lebensgefährlich“. Um auf das Thema aufmerksam zu machen, habe man die Aktion „#22WochenWarten“ gestartet und sich mit einer Petition an die Bundesregierung gewandt.

Der Verein hat seiner Stellungnahme Berichte von Betroffenen beigefügt. Ein Beispiel: „Ich war viel zu krank, um mich selber um einen Platz zu kümmern. Wir wohnen in einer kleinen Stadt, und da gibt es wenig Möglichkeiten. Mein Mann hat dann telefoniert. Eine Therapeutin in der Nähe war telefonisch erreichbar. Ich kam auf die Liste, 9 Monate Wartezeit! (...) Die Klinik war dann meine einzige Möglichkeit. Dort habe ich eine Ärztin kennengelernt, die eine Praxis aufmachen wollte. Wartezeit 7 Monate!“ *zab*

Alle schriftlich eingegangenen Stellungnahmen finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die psychotherapeutische Versorgung ...



Marco Schmitz
(CDU)



... spielt für uns eine entscheidende Rolle in der modernen Gesundheitsversorgung. Sie ermöglicht Menschen, ihre psychische Gesundheit zu erhalten, zu verbessern und psychische Erkrankungen zu behandeln. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Gesundheitsversorgung und trägt zur Schaffung einer gesünderen Gesellschaft bei.



Rodion Bakum
(SPD)



... kann mit mehr Kassensitzen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verbessert werden. Hierfür muss die sogenannte Bedarfsplanungs-Richtlinie der realen Nachfrage angepasst werden. Insbesondere das Ruhrgebiet und ländliche Regionen sind unterversorgt.



Arndt Klocke
(Grüne)



... ist ein wichtiger Aspekt ganzheitlicher Gesundheitsversorgung und muss verbessert werden. Die Landesregierung arbeitet zum Beispiel daran, eine Regelung umzusetzen, die es künftig möglich macht, in Regionen mit erhöhtem Bedarf, in denen aber nominell ausreichend Arztstühle vorhanden sind, zusätzliche Stühle einzurichten. Diese sollten besonders für Psychotherapeutinnen und -therapeuten genutzt werden.



Susanne Schneider
(FDP)



... ist ein wichtiger Baustein in unserem Gesundheitswesen. Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Das Angebot an Therapieplätzen ist angesichts zunehmender Bedarfe aber nicht ausreichend. Deshalb brauchen wir klare Vorgaben für die Bedarfsplanung, um die Versorgung vor allem in ländlichen Regionen und im Ruhrgebiet zu verbessern.



Dr. Martin Vincenz
(AfD)



... bedarf einer patientenorientierten Umstrukturierung zur Sicherstellung einer bedarfsorientierten flächendeckenden Versorgung.

Psychotherapeutische Versorgung

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Auswirkungen von Corona ...

Die Wartezeiten ...

Betroffene ...

... brauchen einen sicheren Raum, in dem sie ihre Gedanken, Gefühle und Verhaltensweisen reflektieren können. Dies fördert das Verständnis der eigenen Psyche und unterstützt bei der Bewältigung von Depressionen, Angststörungen, Traumata und Suchterkrankungen. Durch psychotherapeutische Interventionen können sie effektive Bewältigungsstrategien erlernen und ihre Lebensqualität verbessern.

... auf einen Therapieplatz sind viel zu lang und müssen auf verschiedenen Ebenen angegangen werden. Die Sicherstellung eines angemessenen Zugangs zur psychischen Gesundheitsversorgung ist von entscheidender Bedeutung, um Menschen in Not angemessen zu unterstützen und psychische Gesundheitsprobleme effektiv behandeln zu können.

... waren erheblich, auf die Psychotherapie und die psychische Gesundheit weltweit. Sie führten zu einer Zunahme von Angststörungen, Depressionen, Isolation und anderen psychischen Gesundheitsproblemen. Die Menschen haben versucht, mit den Herausforderungen der Pandemie umzugehen, entsprechend ist die Nachfrage nach psychotherapeutischer Versorgung gestiegen.

... benötigen schnell Hilfe, damit seelische Erkrankungen nicht stärker werden und auf Dauer bleiben. Fast jede bzw. jeder Zweite in unserem Land leidet im Laufe des Lebens an einer seelischen Erkrankung. Alle anderen sind als Angehörige betroffen. Seelische Gesundheit geht uns alle an!

... von durchschnittlich 142 Tagen zwischen Erstgespräch und Psychotherapie sind quälend. Die Lösungen sind bekannt: mehr Studienplätze, mehr Kassensitze, mehr Terminvermittlungen, mehr Gruppenpsychotherapie, mehr digitale Angebote.

... werden uns über Jahre beschäftigen. Die Angst vor Erkrankung und Tod sowie die Reduktion von sozialen Kontakten haben seelische Belastungen und Erkrankungen bei vielen von uns verstärkt. Wir benötigen mehr Hilfsangebote und Aufklärung für die seelische Gesundheit, damit aus der Virus-Pandemie keine soziale Pandemie wird.

... haben sehr individuelle Bedürfnisse, für die wir unterschiedliche Angebote brauchen. So muss darüber diskutiert werden, ob bei den Terminalservicestellen Kontingente für bestimmte Gruppen wie beispielsweise schwer Erkrankte vorgehalten werden und mit welchen Maßnahmen chronisch Erkrankte besser unterstützt werden können.

... sind zu lang. Das birgt die Gefahr, dass sich der Gesundheitszustand der Betroffenen verschlechtert und chronisch werden könnte. Deshalb brauchen wir auf Bundesebene die Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung und möglicherweise eine Überarbeitung der Vorgaben für die Terminalservicestellen.

... haben sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen als erhöhte Belastungen gezeigt. Gerade für sie sind Präventionsangebote wichtig, um psychische Erkrankungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb fördert die Landesregierung niedrigschwellige gruppentherapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche, die präventiven Charakter haben.

... sind laut einer repräsentativen Studie des Robert Koch-Instituts rund 30 Prozent der Menschen in Deutschland. Immer mehr Menschen leiden an Depressionen, Burn-out oder anderen psychischen Erkrankungen. Es wird daher Zeit, dass niemand mehr stigmatisiert wird, wenn er sich psychotherapeutische Hilfe sucht. Und die Therapieplatzsuche darf nicht dem Herumirren in einem Labyrinth ähneln.

... sind so nicht hinnehmbar und müssen dringend reduziert werden. Bereits 2019 warteten rund 40 Prozent der Patientinnen und Patienten mindestens drei bis neun Monate auf einen Therapieplatz. Das bedeutet für Betroffene und Angehörige häufig Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Resignation. Ziel sollte es daher sein, dass niemand länger als zwei Wochen auf einen Therapieplatz warten sollte.

... sind immer noch spürbar. Die Pandemie hat mit den psychischen Belastungen in Folge der Schutzmaßnahmen die seelische Gesundheit vieler Menschen verschlechtert und damit die Versorgungslage verschärft. Ängste, Sorgen und depressive Symptome haben vor allem bei jungen Menschen zugenommen. Die während der Pandemie eingeführten Videosprechstunden sollen als ergänzendes Angebot fortgesetzt werden.

... fühlen sich im Stich gelassen und dürfen über die aktuell sehr langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz nicht mit ihren Sorgen und Nöten alleine gelassen werden.

... sind unzumutbar lang und tragen so oft zu einer nachhaltigen Verschlechterung des Gesundheitszustandes und damit auch einer schlechteren Prognose bei.

... zeigen sich nachhaltig in der psychischen Gesundheit der Bevölkerung. „Social distancing“, Ausgangssperren und Panikmache haben zu einer drastischen Verschlechterung der allgemeinen psychischen Gesundheit und zu explodierenden Fallzahlen geführt.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Werkstattgespräch zu Mobilität: Günstiges Ticket reicht nicht

Wie sich die Mobilität in den Stadtzentren im Einklang mit wirtschaftlichen und Klimaschutzpolitischen Zielen verändern kann, war das Thema eines Werkstattgesprächs der CDU-Fraktion vor Ort im Landtag.

„Die Mobilität ist ein zentrales Anliegen der Zukunftscoalition“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schick: „Wir müssen die Infrastruktur und die Möglichkeiten für die letzte Meile verbessern. Zu einer vitalen Innenstadt gehört, dass Menschen von außerhalb kommen. Eine gute Erreichbarkeit ist elementar.“ Zuverlässig und flexibel von einem Ort zum anderen zu kommen, macht einen Teil der Lebensqualität aus und ist wichtig für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Um den ÖPNV zu stärken, hat die Zukunfts-



Foto: Sondernemann

koalition unter anderem den e-Tarif „eezy.NRW“ und die Förderung von Mobilstationen ausgebaut. Eine Fachkräfteoffensive des Landes soll dem Personalmangel entgegenwirken.

„Es fehlen Busfahrer, Triebfahrzeugführer, Serviceleute“, mahnte Dr. Norbert Reinkober, Geschäftsführer der go.Rheinland GmbH und des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg: „Der Fachkräftemangel liegt nicht am Geld – es gibt nicht genug Kräfte auf dem Markt.“ Er hoffe, dass sich das Deutschlandticket durchsetzt: „Für das nächste Jahr gibt es noch keine Zusage des Bundesfinanzministers. Wenn der Bund seinen Teil nicht übernimmt, müssten wir das Ticket abschaffen.“

Oliver Krauß (Foto), verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, betonte: „Jetzt

geht es darum, das Deutschlandticket auszubauen. Ein günstiges Ticket reicht aber nicht; wir haben dringenden Ausbaubedarf bei der Infrastruktur.“

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg aus Bonn, sagte: „In Bonn ist Verkehrspolitik der Streitpunkt überhaupt. Handwerker nehmen teilweise keine Aufträge in Bonn mehr an, weil sie dort nicht mehr hinkommen. Wir müssen den ÖPNV ausbauen. Menschen setzen aber nach wie vor auch auf das Auto, vor allem im ländlichen Raum.“



Rückblick auf die Revierkonferenz: So entsteht das Revier der Zukunft

Welche Ziele, Projekte und Maßnahmen braucht es, um die Zukunft des Rheinischen Reviers gestalten zu können? Das haben wir Mitte September mit rund 150 Gästen aus der Region auf unserer Revierkonferenz in Bergheim diskutiert. In fünf Fokusgruppen haben die Anwesenden die Themen Flächenentwicklung, Förderstrukturen, Energiesicherheit, neue Arbeitsplätze und innovative Zukunftsvisionen betrachtet.

Unser Fraktionsvorsitzender Jochen Ott begrüßte die Gäste und warf dabei einen Blick auf die finanziellen Möglichkeiten: „Nie gab es für einen Strukturwandel so viel Geld, aber



noch nie war davon so wenig zu sehen wie jetzt.“ Insgesamt stehen für das Rheinische Revier Fördergelder in Höhe von 14,8 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen bisher lediglich zwei Milliarden verausgabt sind. „Was wir jetzt brauchen, ist ein neuer Aufbruch, den wir nur gemeinsam schaffen können. Schmieden wir also einen Revierpakt für NRW, bei dem die Ansiedlung

grüner Zukunftsindustrien höchste Priorität bekommt“, stellte Ott zum Abschluss der Veranstaltung fest. So könnte die Region zum Vorbild für gelungene Transformation werden.



Praktische Erfahrungen sammeln, Landespolitik von innen erleben

Ein Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben – so etwas gibt es? Lilyan Allababidi und Thomas Götzlmann haben diese Frage schon oft gehört. Ein Jahr lang haben die 21-Jährige und der 19-Jährige unsere Fraktion unterstützt – als FSJ-Pler*innen. Die beiden haben je vier Stationen absolviert: Fraktionsgeschäftsführung, Fraktionsvorstandsbüro, Pressestelle und ein Abgeordnetenbüro. „Mir hat die Zeit mit der Abgeordneten Ilayda Bostancieri besonders gut gefallen. Ich habe für sie zu Fachthemen recherchiert und Ilayda zu Terminen begleitet. Das waren spannende, unmittelbare Einblicke in die Landespolitik“, blickt Lilyan Allababidi auf ihr FSJ-P zurück. Neben der Arbeit im Landtag bilden sich die jungen Menschen während ihres Freiwilligen Sozialen Jahres in fünf Seminarwochen weiter. Thomas Götzlmann



Frida Otten Torben Keiser Thomas Götzlmann Lilyan Allababidi

hat sich so mit anderen Engagierten den Themen Feminismus, Klimakrise und Korruption gewidmet: „Die Seminare standen unter dem Motto ‚Selbstorganisation‘ – Inhalte, Programmablauf, aber auch die Verpflegung haben wir als Teilnehmende selbst vorbereitet. Durch das Programm ‚Weltwärts‘ waren in meiner Seminargruppe Menschen aus der ganzen Welt, das war ein besonderes, interkulturelles Erlebnis.“

Für ihn steht genau wie für Lilyan Allababidi nun der nächste Lebensabschnitt bevor: das Studium.

Ihre Plätze im Landtag haben Anfang September Frida Otten und Torben Keiser übernommen. Auf die beiden wartet ein Jahr mit neuen Erfahrungen und direkten Einblicken in die Arbeit der Grünen Landtagsfraktion. „Wir freuen uns sehr auf das kommende Jahr. Es ist aufregend, dass wir die Chance haben, den Politikalltag kennenzulernen und an spannenden Projekten mitwirken zu dürfen!“



Sommerfest der FDP-Fraktion zur Europapolitik

Unter dem Motto „Zukunft Europa: Freiheit. Vielfalt. NRW.“ tauschten sich mehr als 600 Gäste beim FDP-Fraktions-Sommerfest 2023 zu europapolitischen Themen im Landtag Nordrhein-Westfalen aus.

Nach der Begrüßung durch unseren Fraktionsvorsitzenden Henning Höne partizipierten die Gäste an einer hochkarätigen Talkrunde zur Europapolitik mit Moritz Körner, Svenja Hahn und Andreas Glück. Engagierte Plädo-

yers für Frieden und Freiheit in Europa kamen von Moritz Körner und Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Herzlichen Dank an alle unsere Gäste und die Rednerinnen und Redner! Es war uns eine große Freude, mit so vielen Menschen über liberale Europapolitik aus NRW diskutieren zu können. Eines wurde an diesem Abend besonders deutlich: Europa braucht weniger Bürokratie und neue liberale Impulse.



Bedarfsplanung patientenorientiert gestalten



AfD-Fraktionsvorsitzender Dr. Martin Vincentz

Die Psychotherapeutische Versorgung in Nordrhein-Westfalen stellt sich als kritisch dar, die Wartezeiten für einen Therapieplatz erstrecken sich flächendeckend auf mehrere Monate. Ausnahmsweise begegnet uns hier jedoch kein Fachkräftemangel, zumindest nicht im Bereich der Gesundheitsberufe, sondern ein Mangel an patientenorientierter Ausgestaltung der Bedarfsplanung.

Bereits bis 2020 ist die Zahl psychisch erkrankter Menschen in Deutschland stetig gestiegen. Durch die Auswirkungen der Coronapolitik hat sich das Ganze noch einmal deutlich verschärft. Es sind deutlich mehr psychische Erkrankungen zu verzeichnen, insbesondere auch bei kleinen Kindern und Heranwachsenden.

Der Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung steigt stetig, eine Anpassung der Be-

darfsplanung hat jedoch nicht stattgefunden und genau hier liegt das Problem. Wir haben ausreichend qualifiziertes Personal, versagen ihnen jedoch den Dienst. Die Bedarfsplanung muss von Grund auf neu gestaltet und patientenorientiert aufgestellt werden. Die Psychotherapeutische Versorgung ist ein elementarer Grundpfeiler eines funktionierenden Gesundheitssystems und des Gesundheitszustandes unserer Gesellschaft, hier muss die Politik endlich handeln!





FORUM

Sein, Streit und die politische Kultur

12. September 2023 – Streit gehört zur demokratischen Auseinandersetzung. Doch wie viel Streit verträgt die Demokratie? Welche Rolle spielt die digitale Kommunikation in diesem Zusammenhang? Um diese und andere Fragen ging es beim „Parlamentsgespräch“ im Landtag.

„Wir leben in bewegten Zeiten, in denen das Vertrauen in die Demokratie nachlässt oder zunehmend infrage gestellt wird“, sagte der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, zur Begrüßung vor mehr als hundert Gästen. „Es hilft, dass die Menschen mitbekommen, dass ihre Sorgen und Nöte in den Parlamenten wahrgenommen und in den Debatten abgebildet werden.“ Klartext gehöre in den Plenarsaal. Streit der Überzeugungen sei ein Wesensmerkmal der Demokratie. Kuper: „Allerdings werden in der öffentlichen politischen Debatte immer häufiger Grenzen überschritten.“ Das mache sich auch an zunehmenden Ordnungsmaßnahmen in Parlamenten bemerkbar. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Leitplanken des Anstands und des zivilen Miteinanders dauerhaft durchbrochen werden.“

Der politische Diskurs werde schärfer denn je geführt, bemerkte auch der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) bei der Podiumsdiskussion. „Wir sind in einer Umbruchsituation, die ich so noch nicht erlebt habe.“ Sie sei geprägt von Krisen, einer „ernsthaften Attacke auf unsere Demokratie“ und ei-

ner „gespaltenen Öffentlichkeit“. Es gebe eine wachsende Zahl von „Demokratieverächtern“. Die Frage sei, wie mit Menschen umzugehen sei, die sich nicht als Teil einer „Verständigungsgemeinschaft“ verstünden und den Konsens gemeinsamer Werte verließen. Ein Mittel, um Zugänge zu finden, habe er trotz vieler Versuche nicht gefunden. Gespräche etwa mit Pegida-Teilnehmenden seien erfolglos geblieben.

„Diskurstapferkeit“

Die Journalistin Dr. Helene Bubrowski von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ empfahl, den „Debattenraum“ weit zu halten. Medien sowie Politikerinnen und Politiker machten es sich teilweise zu einfach, indem sie den Austausch mit Andersdenkenden etwa aus dem Spektrum des Rechtspopulismus grundsätzlich verweigerten – nach dem Motto: „Einem solchen Menschen gebe ich nicht die Hand.“ Eine Empörungshaltung gegenüber Rechtspopulistinnen und -populisten stärke aber genau diese.

Prof. Dr. Marie-Luisa Frick vom Institut für Philosophie der Universität Innsbruck verwies darauf, dass politische Debatten häufig von Kränkungen geprägt seien. Aus dem Gefühl, nicht als legitimer und gleichberechtigter Gesprächspartner respektiert zu werden, resultierten Ressentiments und Verbitterung der vermeintlich Schlechter-Gestellten und Gekränkten gegenüber machthabenden Eliten. Die Folgen seien verhärtete Fronten sowie eine tiefgreifende Verachtung und Enthemmung – ein Prozess, der sich aufschaukle. Ressentiments dürften nicht reflexartig als „Charakterfehler“ eines Menschen abgetan werden.

Statt Empörung empfahl die Philosophin die Tugend der „Diskurstapferkeit“. Das bedeute, sich aktiv und notfalls konfrontativ an einem Diskurs zu beteiligen, aber auch passiv und tapfer Kritik zu ertragen. „Dass wir nicht gleich

angerührt sind, wenn jemand sagt: Ich sehe das völlig anders, du hast dich verrannt.“ Es gehöre zum Dienst an der Demokratie, Feindbilder abzubauen und noch besser: erst gar nicht entstehen zu lassen.

Prof. Dr. Christiane Woopen, frühere Vorsitzende des Deutschen Ethikrates und Medizinethikerin an der Universität Bonn, wies darauf hin, dass Debattenbeiträge gut begründet sein sollten. Wichtig sei, dass das Gegenüber in Diskussionen nicht degradiert werde und Diskutierende sich an Sachargumenten orientierten. Auch bei sehr unterschiedlichen Meinungen könne das gegenseitige Verständnis durch eine gelungene Debatte steigen. Ein Kompromiss stehe meist am Ende, nicht aber am Anfang einer Diskussion.

Prof. Dr. Frank Decker vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn zitierte eine Studie, nach der aktuell weniger als 20 Prozent der Bevölkerung optimistisch in die Zukunft blicken. In den 1970er-Jahren seien es noch 90 Prozent gewesen. Populisten seien „Angstunternehmer“ und nutzten Verunsicherungen in der Gesellschaft aus – etwa bei Themen wie Migration und der sozial-ökologischen Transformation.

Demokratische Parteien müssten sich aber auch selbstkritisch hinterfragen. Sie produzierten Enttäuschung, indem sie öffentliche Versprechen machten – im Wissen, dass diese nicht einzuhalten seien. Politikerinnen und Politiker spekulierten zu sehr auf die nächste Wahl. „Die Zukunft sitzt nicht mit am Tisch“, sagte Decker. Das Ergebnis: Weniger Menschen begriffen sich als Teil eines Prozesses, der in Parlamenten ausgehandelt werde. tob



Fotos: Hartmann

André Kuper, Präsident des Landtags, begrüßte die Gäste

Die Diskussion des 15. Parlamentsgesprächs ist in voller Länge auf der Internetseite des Landtags abrufbar.
www.landtag.nrw.de/mediathek

Porträt: Henning Höne (FDP)



„Das Beste liegt noch vor uns“: Davon ist Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender der FDP, überzeugt. Er sagt aber auch: „Ich finde, dieses Land ist zu satt – diese Zufriedenheit liegt wie Mehltau über uns.“

Höne ist seit 2012 Mitglied des Landtags, er kam aus dem ländlichen Coesfeld in die Landeshauptstadt. Schon als Jugendlicher engagierte er sich in der Politik. „Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Individualität“ waren die Schlagworte, die ihn zu den Jungen Liberalen brachten. Noch gut erinnert er sich an die Landtagswahl 2005, vor der er in der Coesfelder Innenstadt Flyer verteilte und ein Bürger ihn wegen Steinkohlesubventionen „sportlich angegangen“ sei, wie Höne es ausdrückt: „Das Thema hatte ich in Coesfeld nun wirklich nicht auf dem Schirm.“

Für ihn zählten damals die Themen Bildung und Ausbildung. 2010, als er zum Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen gewählt wurde und zum ersten Mal zu Gast in dem Büro war, das inzwischen sein eigenes ist, weitete sich sein Blick. „Besonders spannend war für uns die Zeit der Minderheitsregierung“, erinnert sich Höne, „damals wurden wir als Jugendorganisation plötzlich deutlich stärker wahrgenommen, unsere Meinung zählte.“

2012 zog Höne dann selbst in den Landtag ein: „Plötzlich konnte ich hauptberuflich das machen, was bislang Ehrenamt war.“ Als die FDP 2017 nach vielen Jahren wieder mit in die Regierung kam, wurde Höne Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, hatte plötzlich viel mit dem in Coesfeld so fernen Steinkohle-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag. Der 36-jährige Industriekaufmann aus Coesfeld ist auch Chef der nordrhein-westfälischen FDP.

ausstieg, aber auch mit anderen Themen zu tun. „Von außen wirkt es oft, als bestehe Nordrhein-Westfalen nur aus Rheinland und Ruhrgebiet“, sagt Höne. „Dabei lebt knapp die Hälfte der Menschen im ländlichen Raum, das darf man nicht aus dem Blick verlieren.“

Dass die FDP seit 2022 wieder in der Opposition ist, findet Höne natürlich schade. „Aber jeder, der in die Politik geht, muss sich bewusst sein, dass er keine klassische Karriere macht, in der es immer nur aufwärts geht. Stattdessen musst du in der Lage sein, unterschiedliche Rollen zu übernehmen. Demokratie braucht eben jemanden, der den Finger in die Wunde legt. Jemanden, der die Offenheit zu beidem hat, zu gestalten, aber auch zu beaufsichtigen.“

„Wettbewerbsfähigkeit“

Demokratie bedeute aber auch Streit: „Wenn wir in unserer Geschichte zurückblicken, dann waren die großen Entscheidungen oft auch besonders strittig“, sagt Höne und verweist auf den Nato-Doppelbeschluss und die Agenda-Politik von Gerhard Schröder. „Nicht jede Entscheidung muss 90:10 ausgehen, so kommen wir im Land nicht weiter.“ Dass sich etwas tue, sei wichtig: „Wir nehmen das, was wir erreicht haben, heute viel zu selbstverständlich. Wenn wir sehen, dass sich die BRICS-Staaten erweitern und kein Problem haben, auch mit Russland Geschäfte zu machen, dann zeigt das doch, dass wir nicht leichtfertig damit umgehen dürfen, was wir hier geschaffen haben.“

Das bedeute auch, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht aus den Augen zu verlieren. „Es entsteht gerade bei manchen der Eindruck, wir könnten künftig alle vier Tage im Homeoffice sitzen und trotzdem unseren Lebensstandard halten, das kann rechnerisch nicht aufgehen.“ Dabei spricht sich Höne für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus: Er selbst ist Vater von zwei kleinen Kindern, pendelt für seinen Job zwischen Coesfeld und Düsseldorf. „Kinder erden dich“, sagt der Familienvater. „Wenn du morgens mit deinem Sohn noch darüber diskutierst, wie viel Zahnpasta auf die Zahnbürste gehört, verfolgst du eine Haushaltsdebatte danach auf andere Art.“

Seine Freizeit verbringt Höne am liebsten mit seiner Familie. Beim Kinderturnen auf

dem Trampolin oder auf dem Fahrrad mit Anhänger quer durchs Münsterland. So sehr er in Düsseldorf die vielfältige Gastronomie schätzt und „dass man bei dem engen Takt nicht erst schauen muss, wann die nächste Straßenbahn kommt“, fährt er auch immer wieder gern zurück ins Münsterland. „Dort gibt es zwar weniger Auswahl, aber trotzdem schöne Restaurants und viel Natur. Ich bin dort groß geworden, Zuhause bleibt eben Zuhause.“

Maïke von Galen

Zur Person

Henning Höne wurde in Coesfeld geboren, wo er bis heute lebt. Nach dem Abitur absolvierte er ein duales Studium der Betriebswirtschaft an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Münster und der Fachhochschule Münster. Er schloss das Studium als Industriekaufmann, Betriebswirt und Bachelor of Arts Betriebswirtschaft ab. Berufsbegleitend studierte er zudem von 2011 bis 2017 Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Management und Marketing an der Mercator School of Management der Universität Duisburg-Essen. Höne ist seit 2005 Mitglied der FDP. Von 2008 bis 2020 war er Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Coesfeld, von 2014 bis 2023 Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion. Von 2010 bis 2013 war er Landesvorsitzender der Jungen Liberalen. Seit 2012 ist er Mitglied des Landtags.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Die Buddenbrooks lassen mich nicht los – ein zeitloses Epos. Im Alltag gerne ein Krimi oder ein Sachbuch zu Geschichte und Zeitgeschehen.

Welche Musik hören Sie gerne?

Counting Crows, Matchbox Twenty, Goo Goo Dolls, Jason Mraz, John Mayer u. ä., aus der Zeit in den USA ist auch Country geblieben.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Joghurt und Orangensaft.

Ihr liebstes Reiseziel?

Die USA.

Kurz notiert

Tag der Demokratie

Am 15. September, dem „Internationalen Tag der Demokratie“, hat im Landtag erstmals der neue Aktionstag „Landtag macht Grundschule“ stattgefunden. Mehr als 130 Kinder aus vierten Klassen aus Nordrhein-Westfalen waren in das Parlament gekommen, um Demokratie live vor Ort zu erleben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, baut mit dem Aktionstag die Demokratiebildung des Parlaments aus, um auch den jüngsten Bürgerinnen und Bürgern Kontakte zur Demokratie und zum Landesparlament zu ermöglichen. Unter seiner Federführung hatten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente im Juni in der „Westfälischen Erklärung“ vereinbart, den „Internationalen Tag der Demokratie“ zu begehen und noch mehr Menschen mit den Parlamenten in Kontakt zu bringen.

Gast aus Albanien

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 19. September 2023 die Vorsitzende des albanischen Parlaments, Lindita Nikolla, empfangen. Er tauschte sich mit seinem Gast u. a. über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Albanien aus. Kuper sagte: „Der Westbalkan und Albanien haben sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt und wichtige Reformen angestoßen. Albanien ist ein wichtiger Partner Nordrhein-Westfalens. Der enge interkulturelle und wirtschaftliche Austausch unserer Länder kann zu einem stabilen Frieden und weiteren demokratischen Prozessen in Südosteuropa beitragen.“

Gestorben

7.9. Edgar Moron (SPD/82)

MdL 1990 – 2010

17.9. Rudolf Wickel (FDP/90)

MdL 1985 – 1995

[21.9. Heinz Küpper \(CDU/88\)](#)

MdL 1975 – 1980

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 31. Oktober 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 27. Oktober 2023, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.



Der Präsident des Landtags, André Kuper, überreichte dem deutschen Team die offiziellen Hoodies für das Sportfest.

Foto: Schälte

Spiele des Respekts

Die Invictus Games sind ein internationales Sportfest für Soldatinnen und Soldaten, aber auch Rettungskräfte, die bei Einsätzen seelisch oder körperlich verletzt wurden. 2014 von Prinz Harry ins Leben gerufen, fanden die Spiele im September erstmals in Deutschland statt, und zwar in Düsseldorf. Am 8. September 2023 empfing der Präsident des Landtags, André Kuper, die deutsche Mannschaft und wünschte den Athletinnen und Athleten viel Erfolg. Und am 15. September 2023 folgte der Besuch des ukrainischen Teams. Viele der Sportlerinnen und Sportler hatten noch vor Kurzem gegen die russische Invasion ihrer Heimat gekämpft. Der Präsident sagte: „Der Krieg ist trauriger Alltag in der Ukraine. Alle Menschen sind davon betroffen. In jeder Familie gibt es Opfer des Kriegs oder Soldatinnen und Soldaten, die an der Front kämpfen. Die Ukraine kämpft für Freiheit und Demokratie in Europa. Deswegen würdigen wir das Team Ukraine der Invictus Games im Landtag von Nordrhein-Westfalen stellvertretend für alle, die sich Putin und seiner Armee entgegenstellen. Viele der Sportlerinnen und Sportler haben an der Front gekämpft, wurden verwundet oder gefangen genommen.“